

Alternative Liste



P R E S S E E R K L Ä R U N G

AL-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
John-F.-Kennedy-Platz, 1000 Berlin 62

Alternative Liste für
Demokratie und Umweltschutz
Fraktion im Abgeordnetenhaus
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

Telefon 784-11783-
Telex 184466 alav bd

*Achtung! Falsche
Telefonnummer*

ANLÄSSLICH DES WELT-AIDS-TAGES ERKLÄRT DIE AL:

FINK'SCHE AIDS-POLITIK - MEHR SCHEIN ALS SEIN

Die Notwendigkeit der Ausrufung eines Welt-Aids-Tages zeigt, wie schlecht es um die Bekämpfung dieser Krankheit und um die Situation der weltweit zunehmenden Anzahl der Opfer bestellt ist.

In Berlin brüstet sich der Senat mit einer angeblich fortschrittlich erscheinenden Aids-Politik. Die Erfahrungen der AL mit seiner Politik in den letzten Jahren bestätigen jedoch, daß er ähnlich wie bei der Selbsthilfegung einerseits fortschrittliche Denkansätze vereinnahmt und andererseits eine höchst einseitige Politik zulasten der Hauptbetroffenengruppen macht.

Obwohl ein einstimmig beschlossener Ergebnisbericht der Reise des Gesundheits- und Sozialausschusses nach San Francisco den Senat aufgefordert hatte, gerade im Strafvollzug, im Drogenbereich, der Beschaffungsprostitution mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln in Berlin aktiv zu werden, sind diese Forderungen in keiner Weise erfüllt worden. Der Vierparteienkonsens, mit dem der Senat so gerne hausieren geht, existiert nicht.

Die AL stellt fest, daß gerade für die Hauptbetroffenengruppen wie Schwule und Drogengebraucher und für ihre prekäre Lebenssituation, wenn sie HIV-infiziert oder Aids-erkrankt sind, keine ausreichenden psychosozialen Angebote bis hin zu Wohnraum und Ersatzdrogen zur Verfügung gestellt werden. Dies sind die derzeit ernsthaftesten Probleme, denen sich eine vorausschauende Aids-Politik stellen muß. Der Senat nimmt diese Chance nicht wahr, stattdessen macht er eine Vogel-Strauß-Politik.

Die AL hält ihre heute der Öffentlichkeit vorgestellten Anträge zur Vergabe der Ersatzdroge Methadon und der Einrichtung eines Stop-Aids-Projekts als wesentliche Bausteine für eine Aids-Politik, die versucht, den dringenden Problemen gerecht zu werden.

Es muß mit den vielfältigsten Angeboten beabsichtigt werden, intravenös Drogenabhängige aus der Abhängigkeit und dem damit häufig verbundenen kriminellen Milieu herauszuholen. Die abstinenzbetonte Drogenpolitik des Senats hat in dieser Beziehung versagt. Mit der Vergabe von Ersatzdrogen wie Methadon durch niedergelassene Ärzte soll eine psychosoziale Betreuung durch Drogenberater, der Ausbau von Plätzen im Drogenentzug, im Nachsorgebereich, in Übergangseinrichtungen, von niedrigschwelligen Angeboten wie Kontaktläden und Spritzentausch u.a. einhergehen. Die Entkriminalisierung des Besitzes geringer Drogenmengen zum Eigengebrauch ist eine weitere wichtige Voraussetzung für eine akzeptierende Drogenpolitik.

Die Einrichtung eines Stop-Aids-Projekts ähnlich dem Modell in San Francisco zielt darauf ab, die weitere Verbreitung von Aids bei schwulen und bisexuellen Männern zu verhindern. Safer-sex-Gesprächskreise in diesen Hauptbetroffenen-Gruppen sind das Kernstück dieses Projekts, das in San Francisco erfolgreich abgeschlossen wurde. Es setzt voraus, Schwulsein als eine gleichberechtigte Form von Sexualität und Lebensweise anzuerkennen.

Die AL fordert den Senat auf, nicht nur Problembewußtsein in der Aids-Politik vorzugaukeln, sondern Taten folgen zu lassen.

Berlin, den 1.12.88

Sabine Nitz-Spatz, MdA

Margarete von Galen, Bereich Demokratische Rechte der AL

Stefan Reiß, AK Aids der AL